

PROTEXTE

AUS DER EVANGELISCHEN AKADEMIE DER PFALZ



DIE MEDIEN IN DER MEDIENKRITIK

Die Kritik an der Zeitung ist so alt wie die Zeitung selbst

In der Liste der angesehensten Berufe dümpelt der Journalismus seit Jahr und Tag im unteren Mittelfeld herum. Etwas mehr als die Hälfte der Bundesbürger hat keine hohe Meinung von Leuten wie mir. Besser ergeht es der Feuerwehr, dem Gesundheitssektor, der Rechtspflege inklusive Polizei, sogar Soldaten und Lokführern. Richtig miese Werte haben Politiker, Mitarbeiter von Telefongesellschaften, Werbekaufleute und Versicherungsvertreter.

48 Prozent der Befragten sehen im Journalismus die vierte Gewalt im Staate, das Wächteramt einer Demokratie, einen Transmissionsriemen für das Zeitgespräch, einen Garanten der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit. Der etwas größere Rest verachtet uns oder hält uns für verzichtbar, auf jeden Fall für überbezahlt und überprivilegiert. Nach 1968 standen die bundesdeutschen Medien unter dem Generalverdacht, konservativ bis reaktionär zu sein, unliebsame, sprich linke, Nachrichten zu unterdrücken und den Wahlbürger auf Befehl von oben zu manipulieren. Verleger und Intendanten galten als Erfüllungsgehilfen des Kapitals, ihre „Lohnschreiber“ oder „Mikrofondienstleister“ konnten daher nur willenlose Sklaven sein. Wer also denkt, die jüngsten Anwürfe gegen die Informationsmedien seien ein völlig neues, ausschließlich dem rechten Rand des Meinungsspektrums zuzuordnendes Phänomen, der irrt. Medienschelte gehört zum Grundrauschen eines jeden gesellschaftlichen Diskurses. „Die Zeit“ hat unlängst dazu getitelt: „Die Kritik an der Zeitung ist so alt wie die Zeitung selbst.“

Aber sollen wir es dabei belassen? Ich denke nein. Wir können unsere professionellen Standards nur dann bewerten und justieren, wenn

wir uns unvoreingenommen dieser Kritik stellen. Das fällt aber zunehmend schwer. Die Medienschelte ist aggressiver, lauter und vielstimmiger geworden. Das liegt natürlich an der Meinung, im Netz sei man anonym unterwegs. Wir sollten aber auch nicht unterschätzen, dass viele Kritiker so nervös und unleidig sind, weil die Angst vor dem Verlust bei ihnen umgeht: Verlust von Vaterland, Wohlstand, Heimat, innerer Sicherheit, Natur, Gesundheit, Arbeitsplatz, Frieden, Nächstenliebe oder internationaler Solidarität. Das sind typische Ängste, die quer durch alle politischen Lager gehen. Genauso verhält es sich auch mit der Polemik: Sie ist mit vielen verschiedenen Absendern unterwegs.

Demgegenüber steht die immer noch robuste Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Informationsformate; ich spreche hier vor allem über die „Tagesschau“, die „Tagesthematiken“ und die vergleichbaren ZDF-Formate. 71 Prozent der Fernsehzuschauer sehen die Informationsange-

bote im Ersten sehr gerne oder gerne. Beim ZDF sind es immerhin 55 Prozent. Aber die Zustimmung war schon mal besser, 1996 etwa lag die Akzeptanzquote bei der „Tagesschau“ bei 89 Prozent. Weniger beruhigend sind Daten, die Ende 2014 in einer repräsentativen Umfrage erhoben wurden. Hierbei ging es allerdings um Medien im Allgemeinen und nicht nur um bestimmte öffentlich-rechtliche Informationsformate.

Von den 1002 zufällig ausgewählten Bundesbürgern ab 18 Jahren gaben knapp 70 Prozent an, wenig bis gar kein Vertrauen in die Medien zu haben. Uneingeschränkt vertrauensvoll waren zwei Prozent. Exakt spiegelverkehrt zu den Medien ist das Vertrauen zum Bundesverfassungsgericht. Dieses genießt bei 70 Prozent ein hohes Ansehen. Und in einer Untersuchung von „Infratest dimap“ über das Vertrauen in die Politikberichterstattung hat die Mehrheit der etwa 1000 Befragten geantwortet, dass sie der politischen Berichterstattung „wenig“ (53 Prozent)

IN DIESER AUSGABE:

Medienkritik
und Medienethik

Religion als Event –
Wozu Kirchentage

bis „gar nicht“ (sieben Prozent) vertrauen. Ein Viertel gab an, dass das Vertrauen in den vergangenen Jahren gesunken sei. Erfreulich aus öffentlich-rechtlicher Sicht: Hauptinformationsquelle, wenn es um politische Angelegenheiten geht, bleibt nach wie vor das Fernsehen, allen voran die Sender der ARD und des ZDF, und das gute alte Radio liegt sogar noch vor dem Internet.

Befragt man die Interviewten mit wenig Vertrauen in die Politikberichterstattung nach den Gründen für ihre Skepsis, erhält man ein differenziertes Bild: 15 Prozent beklagen handwerkliche Mängel und erkennbar schlechte Recherche, 20 Prozent finden die Berichterstattung einseitig, was in der Regel heißt, sie finden ihre Meinung nicht hinreichend wieder, und 27 Prozent geben an, die Medien verbreiteten bewusst Falschmeldungen und manipulierten. Rechnet man diese Zahl hoch auf die Einwohner der Republik, dann rufen 13 Millionen Bürger: Lügenpresse!

Ich fasse zusammen: Kritik an den Medien ist normal. Wir leben in bewegten Zeiten, die Unruhe innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Landschaft überträgt sich auf die Medienwelt. Die Reputation der vierten Gewalt sinkt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat im Kern eine treue und zufriedene Kundschaft, der Vertrauensverlust ist je nach Umfrage mehr oder weniger dramatisch, doch er ist da. Und an den Rändern verabschieden sich ehemalige Rezipienten in ein Fundamentalmisstrauen. *Thomas Bimesdörfer*

➤ Impulsreferat beim offenen Akademiegarten zum Thema „Alles gelogen – Medien in der Glaubwürdigkeitskrise“ am 9. Juli 2015 in Landau. Der Autor ist stellvertretender Programmchef des SR 2.



Demonstration für Pressefreiheit: Kundgebung in der Nähe des Südwestrundfunks am 20. Februar 2016 in Mainz. (Foto: cpd)

EDITORIAL

Wir brauchen ordentliche Tageszeitungen, die Kulturwellen der ARD-Anstalten und das „Heute-Journal“ im ZDF. Auch den „Evangelischen Kirchenboten“. Demokratie funktioniert nicht ohne Bürgerinnen und Bürger, die über politische Zusammenhänge Bescheid wissen. Und eine presbyterial-synodal verfasste Kirche hat diesen Namen nur dann verdient, wenn die Mitglieder wissen, was in ihrer Kirche geschieht. Dafür sind Medien da.

Natürlich gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich eine Meinung zu bilden. Im Internet finden sich Informationen zu nahezu allem, was in der Welt geschieht – oft sogar aus erster Hand. Und Meinungen von fast jedem zu fast allem. Im Internet kann man den Dingen auf den Grund gehen. Menschheitsverbrechen im Verborgenen sind schwerer geworden. Hinterzimmerkungeleien können via Facebook oder Twitter schnell nach außen dringen. Oppositionelle Bewegungen finden ungeahnte Verbreitungsmöglichkeiten. Zugleich ist das Internet allerdings auch eine riesige Gerüchteküche. Propaganda, gezielte Desinformation, Verschwörungstheorien und menschenverachtende Kommentare schwirren genauso durchs Netz wie seriöse Informationen. Wer hören kann, der höre!

Eine echte Versuchung ist dabei die menschliche Neigung zur Bestätigung der eigenen Meinung. Es lebt sich ausgesprochen bequem in der Informationsblase, die alles außen vor lässt, was die eigene Auffassung infrage stellen könnte. Dumm zu bleiben, ist auch im Internet kein Problem. Die Aufgabe seriöser Me-



Akademiedirektor Christoph Picker.

dien ist es, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Dabei ist es egal, ob das auf bedrucktem Papier, über den Äther oder online geschieht. Stimmen muss die Qualität.

Wenn Medien im Geschwindigkeitsrausch die Recherche vernachlässigen, wenn sie die Öffentlichkeit mit einer Aufregungswelle nach der anderen fluten, wenn sie Unterhaltung mit Voyeurismus verwechseln oder wenn sie sich zur Hofberichterstattung andienen, weil sie meinen, privaten, öffentlichen oder kirchlichen Geldgebern gefallen zu müssen, haben sie ihre Aufgabe verfehlt. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe mit dem Schwerpunktthema „Medien“.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

„Der Prozess der ‚schöpferischen Zerstörung‘ ist das für den Kapitalismus wesentliche Faktum“, so 1942 der Ökonom Joseph Schumpeter. Anders sei wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich. Auch vor der Akademie machen solche kreative Prozesse nicht halt. Anfang März wird unser Bürogebäude abgerissen, um Platz für einen Neubau zu schaffen. Die Landeskirche will so den Bildungsstandort Landau stärken. Wir haben unsere Siebensachen gepackt und sind nach Annweiler ans Evangelische Trifels-Gymnasium gezogen – vorübergehend. Anfang 2018 kommen wir zurück. Postadresse und Telefonnummern ändern sich in der Zwischenzeit nicht. Mit unseren Veranstaltungen bleiben wir in Landau präsent.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexpte.

DIE BÜCHSE DER PANDORA

Ich muss mich entschuldigen. In vorherigen Ausgaben der „Protexpte“ habe ich zweimal harte Medienkritik geübt und den deutschen Blattmachern mangelnde wirtschaftsethische Selbstreflexion (Protexpte 49/2011) und zunehmende Hybris (Protexpte 54/2013) attestiert. Das war provokant und konfrontativ, aber eine Kolumne muss auch nicht unbedingt diplomatisch sein. Also: keine Entschuldigung für die Medienbeschimpfung.

Entschuldigen muss ich mich aber nicht für das, was ich geschrieben habe, sondern für das, was ich nicht schrieb, und welche Assoziationen dies erlaubte. Medienkritik ist nämlich nicht gleich Medienkritik, und wenn das vergangene Jahr 2015 in der Mediendiskussion eines gelehrt hat, dann dass Vorsicht geboten ist vor falschen Freunden aus einer ziemlich demokratiefernen Richtung. Aber der Reihe nach ...

Evangelische Akademien sind Diskursorte für die moderne Gesellschaft, und gerade in der gesellschaftspolitischen Jugendbildung versuchen wir, junge Menschen zur Teilhabe an diesen Diskursen zu befähigen. Diese Aufgabe gehen wir durch philosophische, theologische, politikwissenschaftliche und ökonomische Bildungsangebote an, und wir stärken den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Rücken, wenn sie als Bürger Teilhabe an unserer Gesellschaft einfordern und eigene Positionen beziehen. Nach meinem Selbstverständnis gehört dazu auch, es bewusst auszuhalten, wenn die so entwickelten Positionen den eigenen entgegenstehen; das kennzeichnet ja gerade den offenen Diskurs.

Was den offenen Diskurs aber sicher nicht kennzeichnet, ist, diese Offenheit und Irritationsfähigkeit der demokratischen Gesellschaft als kulturell relativistische Beliebigkeit misszuverstehen und die in der Demokratie liegenden Bedingungen solcher Interaktion durch fundamentale Demokratiekritik zu untergraben. Am Beispiel der Medien: In einer demokratischen Gesellschaft muss ich Medien dazu ermahnen können, sich ihrer ethischen Dilemmata klar zu werden, wenn sie etwa einerseits als Watchdogs kritisch über Wirtschaft berichten sollen und andererseits als Wirtschaftsunternehmen Gewinne erzielen müssen. Das ist eine medienkritische Position, über die sich ergebnisoffen streiten lässt.

Eine ganz und gar nicht demokratische Art der Medienkritik sind Beschimpfungen à la „Lügenpresse“ oder persönliche Angriffe auf Journalisten im Netz oder schlimmstenfalls sogar ganz manifest. Diese „Medienkritik“ will nichts diskutieren, und sie will vor allen Dingen keine ergebnisoffene Auseinander-

setzung führen. Die Art und Weise, wie in den vergangenen Monaten auf Facebook, Twitter oder in Userforen Journalistinnen und Journalisten, aber auch meine Kolleginnen und Kollegen aus der Bildungsarbeit angepöbelt, beleidigt und bedroht wurden, hat nichts mehr mit Medienkritik gemein, sondern ist ein Fall für den Staatsanwalt. Aufgeklärte Bürger sollen Politik, Wirtschaft, Kirche und eben auch Medien kritisch beobachten und gerne auch deren Wirken kritisieren. Dies ist aber nicht zu verwechseln mit persönlichen Angriffen auf die Repräsentanten dieser gesellschaftlichen Funktionssysteme oder dem Vorwurf, alle Medien seien wahlweise gekauft, korrupt, von der Nato, der Wirtschaft oder dem „Finanzjudentum“ unterlaufen oder dienten nur der „Politikerkaste“ zur Gehirnwäsche der Bürger. Das ist keine Medienkritik, das sind unterkomplexe Verschwörungstheorien mit braunem Mief.

Und hier muss ich mich entschuldigen, weil ich – und vielleicht auch manche Kolleginnen und Kollegen in der politischen Bildungsarbeit – über unsere Absicht, junge Menschen zum Diskurs zu befähigen, vielleicht übersehen habe, wie grundfalsch unsere Forderung, eigene Positionen zu beziehen und gesellschaftliche Institutionen zu hinterfragen, missverstanden werden kann. Ohne den Einfluss der Evangelischen Akademie zu überschätzen, habe ich mich im vergangenen Jahr gefragt, wie dieses Potenzial für Missverständnisse in unserer Arbeit angegangen werden und der Deckel auf dieser Büchse der Pandora gehalten werden kann.

Medien zur Selbstreflexion aufzurufen, unterstellt ein grundsätzlich vorhandenes Potenzial dazu auf deren Seite. Wir können froh sein über die bunte Medienlandschaft, die es in Deutschland gibt. Und wir können froh sein, dass die meisten Journalistinnen und Journalisten einen auch in einem politisch so überfordernden Jahr wie 2015 einen verantwortungsvollen, guten Job machen und für die offene Gesellschaft schreiben und eintreten. Über diese journalistische Arbeit möchte ich auch in Zukunft diskutieren – und sie nicht abschaffen.

Jan-Hendrik Quandt

Position beziehen und gesellschaftliche Institutionen hinterfragen, kann missverstanden werden.

Natürlich schrickt man heute beim Zusammenhang von Lüge und Medien auf, denkt an „Lügenpresse“ und die Journalistenverachtung der Pegida-Demonstranten. Aber darum geht es mir nicht und geht es auch nicht bei Luther. Da denke ich schon eher an den Fall Christian Wulff, der wie ein Beleg für eine Studie der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen zu sein scheint, nach der Journalisten zu viel voneinander abschreiben, statt sich mit Primärquellen auseinanderzusetzen. Und der Fall macht zugleich darauf aufmerksam, „dass die Maßstäbe und die grundlegenden Rechtsprinzipien nicht verloren gehen dürfen“ (Heribert Prantl).

Der ARD-Programmbeirat hat die eigene Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt moniert und kam zum Ergebnis, „dass die Berichterstattung im Ersten über die Krise in der Ukraine teilweise den Eindruck der Voreingenommenheit erweckt hat und tendenziell gegen Russland und die russischen Positionen gerichtet war“. Kritisiert wurde eine Schwarz-Weiß-Zeichnung zugunsten der Maidan-Bewegung und zulasten der russischen und der abgesetzten ukrainischen Regierung.

„... dass wir unseren Nächsten entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum Besten kehren“ heißt, dass das Interesse an Wahrheit, die Achtung vor der Würde des Menschen und „die Förderung von Menschlichkeit und Bildung in unserer Gesellschaft“ zu den notwendigen ethischen Maßstäben gehören sollen. Medien vermitteln nicht nur Inhalte, sie beeinflussen die Wahrnehmung von Wirklichkeit. Insofern können Medien ein wirkungsvolles Instrument sein, um die Welt gerechter und friedlicher zu machen, wenn sie verantwortungsvoll arbeiten.

Wie könnte das konkret aussehen? Einige Schlaglichter: Journalisten sollten immer auf Informationen und nicht auf Effekte setzen. Dem stehen in Verlagshäusern möglicherweise wirtschaftliche Sachzwänge entgegen und in öffentlich-rechtlichen Medien der Druck der Quote.

Skandalisierungen und Tabuverletzungen sind keine probaten Mittel, um Aufmerksamkeit zu erzielen. Ein Ende der „Jagdzeit“ kann ausgerufen werden. Keine Jagd nach Quoten und Marktanteilen, keine Jagd um die besten Bilder und ersten Statements. Das Bild des Sammlers von Daten, Fakten, Hintergründen ist das wertvollere. Die Würde des Einzelnen über das vermeintliche Interesse vieler stellen: Amokläufe oder -flüge, Natur-, Technik- oder menschliche Katastrophen müssen



Unfaire Vorwürfe: Medien werden bei einem Pegida-Aufmarsch pauschal der Lüge bezichtigt.

(Foto: epd)

MEDIEN UND ETHIK

Journalisten sollen auf Information statt auf Affekte setzen

Martin Luther hat in seinem Kommentar zum achten Gebot („Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“) so etwas wie eine erste Medienethik versteckt: „... dass wir unseren Nächsten nicht belügen, verraten, verleumden oder seinen Ruf verderben, sondern ihn entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum Besten kehren.“ Wäre das eine Maxime, um 500 Jahre nach Luther in der beschleunigten Nachrichtenwelt vor Gott und den Menschen bestehen zu können?

vermeldet, auch aufgeklärt werden. Aber nicht über die emotionalisierte Darstellung von Leid.

Nicht nur das Argument überzeugt in einer pluralistischen Gesellschaft, sondern auch Leidenschaft, Begeisterung und Authentizität. Journalisten müssen sich wehren. Gegen Leser- beziehungsweise Hörerreporter, die aus Selbstzweck als Hobby-Paparazzi, Nebenerwerbsschnüffler oder Informant das Persönlichkeitsrecht von Menschen und somit deren Unglück und Leid „verkaufen“.

Journalisten sollten selbst keine Politik machen, nicht mitregieren ohne Mandat, sondern Politik beobachten, analysieren, kritisieren.

Der Journalist Cordt Schnibben erzählt in einem Beitrag vom Beginn seiner Tätigkeit bei der Wochenzeitung „Die Zeit“: „Das Erfolgsrezept hieß: Wir schielen nicht auf den Leser, wir machen die Zeitung für uns Journalisten, es werden sich schon genügend Leser finden, die für so ein Blatt bezahlen.“ Einige Jahre und journalistische Stationen später schreibt Schnibben über die große Zeit der „journalistischen Autokra-

tie“: „Texte wurden über dem Publikum abgeworfen, Widerspruch war das Werk von Querulanten, denen man am besten das Abo kündigte.“

Und dennoch. Der Journalismus kränkelt, und es scheint, als teile er dieses Schicksal mit der Politik und den gesellschaftlichen Institutionen. Es herrscht Misstrauen unter den Kunden beziehungsweise Konsumenten. „Die Politikverdrossenheit hat sich auf die Journalistenverdrossenheit ausgeweitet“, obwohl es immer mehr „Brennpunkte“ und Talkshows gibt, „Breaking News“ und Nachrichtenkanäle.

Man kann den Eindruck gewinnen, dass es immer weniger darum geht, was gesagt wird, sondern wie und von wem etwas gesagt wird. Wenn es nicht so wäre, dann sähen wir nicht immer das gleiche Personal bei Will und Jauch, Plasberg und Illner, bei denen sich Bosbach und Lauterbach, Huber und Henkel, aber auch Jörgens und Spreng die Klinke in die Hand geben. Wenn es nicht so wäre, dann sähen wir nicht immer die gleichen Bilder von heranfahrenden Limousinen, sondern Erklärfilme zur Sache. Wenn es nicht so wäre, dann bekämen wir die wichtigen Informationen in der Nachrichtensendung und würden nicht auf die Internetseiten verwiesen. Nicht weil

wir dort mehr erfahren, sondern die Klick-Zahl gesteigert wird, was die Wichtigkeit der Webpräsenz erhöht und Eindruck auf den Rundfunkrat oder den Verleger machen soll.

Schnibben berichtet in dem erwähnten Artikel von einer Jung-Journalistin, die auf die Walz durch deutsche Lokalredaktionen ging. Sie berichtet davon, auf wie viel Skepsis gegenüber Journalisten sie getroffen ist, „Misstrauen infolge schlechter Erfahrungen ... Sie glaubt: Ein persönlicher Ehrenkodex wie bei Wandergesellen würde auch Journalisten guttun. Die Handwerker auf der Walz sagen immer: Verlasse einen Ort nie so, dass nicht noch ein Geselle nach dir dort hinkommen kann. Niemand, so die junge Journalistin, soll nach einem Gespräch mit mir sagen: Mit Journalisten rede ich überhaupt nicht mehr.“

Ein guter Ansatz: Medienethik entwickelt aus dem Kodex der Handwerker? Glaubwürdigkeit ohne Überhöhung. Einfach durch Bodenständigkeit? *Wolfgang Schumacher*

➤ Impulsreferat beim Offenen Akademiegarten zum Thema „Alles gelogen – Medien in der Glaubwürdigkeitskrise“. Der Autor ist Pressesprecher und Öffentlichkeitsreferent der Evangelischen Kirche der Pfalz.

Die Politikverdrossenheit hat sich auf die Journalistenverdrossenheit ausgeweitet.

Kirchentage werden als teure Events geplant und ziehen ein großes Publikum an. Ignoriert dieser „Zirkus“ nicht wichtige christliche Anliegen, und können am Ende säkulare Events wie Rockkonzerte sogar religiöser sein als die christlichen Großveranstaltungen? Auf die Frage von Holger Gohla, was denn ein Event sei, antwortete der Soziologieprofessor Winfried Gebhardt: „Ein Event ist eine besondere Form des Festes, das auf ein Massenpublikum ausgerichtet ist.“ Die Anwesenden seien sich untereinander normalerweise unbekannt, weshalb die Möglichkeit bestünde, dort fremde Menschen kennenzulernen und gemeinsame Erfahrungen zu machen, was einen Teil der Attraktivität eines Events ausmache, so Gebhardt. Weil Events auf ein Massenpublikum zielten, müssten sie von einer Organisationselite professionell organisiert und von einer Reflexionselite analysiert und mit Sinn ausgestattet werden.

Als weiteres Kennzeichen nannte der Soziologe, dass alle Events kultursynkretistisch angelegt seien. Das bedeute, sie vermischten unterschiedliche Erlebnisformen und kulturelle Bereiche, die dann zu einem Gesamtkunstwerk synthetisiert werden müssten. „Als Gesamtkunstwerk wird es aber auch wahrgenommen, und das ist die besondere Erlebnisrealität eines Events. Kirche ist ohne diese Art von Veranstaltungen heute nicht mehr überlebensfähig“, schloss Gebhardt.

Angela Treiber bemerkte ergänzend, dass Events keine Phänomene der Gegenwart seien, sondern dass es Analoges schon immer gegeben habe, etwa katholische Massenwallfahrten oder protestantische Reformationsjubiläen. Verglichen damit seien Kirchentage auch gar keine klassischen Events, sondern eher große Gemeindefeste. Von daher könnten Rockkonzerte die dort versammelte Gemeinschaft viel eher in Zustände bringen, die es nahelegten, von „kleinen Transzendenzen“ zu sprechen. Das wiederum könne man mit einem entsprechenden Religionsbegriff, der in der Religionsethnologie und -soziologie diskutiert werde, durchaus als religiös bezeichnen, wenn damit die anthropologische Dimension des Menschen zum Transzendieren verstanden werde.

Zum Beginn der Debatte zitierte Gohla den früheren Kölner Kardinal Joachim Meisner, der den Kirchentag

als „Leipziger Allerlei“ bezeichnete. Es stelle sich die Frage, so Gohla, ob Meisner damit prinzipiell recht habe: „Auf der einen Seite ein buntes Programm, aber auf der anderen Seite viel Show mit wenig Substanz?“

Gebhardt bemerkte dazu, er gebe Meisner grundsätzlich recht, würde dieses aber eher positiv deuten. Meisner habe wohl sagen wollen, dass dem Kirchentag der ernsthafte Zugang zum Religiösen fehle, habe aber nicht begriffen, dass dies nicht die alleinige Anforderung an ein solches Event sein könne. Überhaupt, so Gebhardt, habe Meisner auch nicht den katholischen Weltjugendtag von 2005 in seiner Stadt begriffen. Er habe geglaubt, der Weltjugendtag würde der katholischen Kirche neue Mitglieder zuführen. Das sei aber gar nicht die Funktion von solchen religiösen Events. Diese bestehe vielmehr darin, diejenigen, die ohnehin schon da sind, in ihrem Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken: „Der Weltjugendtag in Köln war eigentlich ein Weltministerantentreffen der katholischen Kirche, nach dessen Ende die Teilnehmer in ihrem Glauben gestärkt wieder nach Hause gefahren sind. Eine ähnliche Funktion haben auch die Kirchentage“, so Gebhardt.

Gohla warf ein, der frühere Kirchentagspräsident Reinhard Höppner habe Kardinal Meisner mit der Bemerkung gekontert, Leipziger Allerlei sei ein sehr nahrhaftes Gericht, und schloss daran die Frage an, worin denn die Nähe des Kirchentags bestehe. Ellen Ueberschär antwortete, der Grundsatz des Deutschen Evangelischen Kirchentags sei es, die Frömmigkeit mit der Weltverantwortung zusammenzubringen. „Wie

bin ich im Alltag Christ?“ sei sowohl die Grundfrage des Kirchentags als auch dessen Gründungsidee.

Thema wohl jeder Debatte über den Kirchentag ist die Frage nach dem angemessenen Umgang mit der Komplexität der Themen und der Vielzahl der Veranstaltungen. Das Programmheft des kurz nach dem Ökumenischen Kirchentag stattfindenden Evangelischen Kirchentags in Stuttgart umfasste 620 Seiten. Dabei war die Erkenntnis, dass wohl jeder Besucher anders durch den Kirchentag geht, keinesfalls neu. Angela Treiber hob hervor, dass die Präsentation der Vielfalt kirchlicher Aktivitäten an einem Ort, dokumentiert in einem Gesamtprogramm, auch Men-



Ökumenischer Kirchentag an Pfingsten 2015 in Speyer: Ein Event zur Vergewisserung des Glaubens und zur Förderung der Gemeinschaft.

(Foto: Landry)

RELIGION ALS EVENT – WOZU SIND KIRCHENTAGE NOTWENDIG?

Debatte über die positive Wirkung kirchlicher Großveranstaltungen

Was sind Kirchentage? Diese Frage stand im Zentrum einer Diskussion im Historischen Ratssaal der Stadt Speyer während des Ökumenischen Kirchentags des Bistums Speyer und der Evangelischen Kirche der Pfalz am 23. Mai 2015. Zum Thema „Religion als Event – Wozu Kirchentage“ diskutierten Ellen Ueberschär, Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags,

schen, die nicht Mitglied einer Kirche seien, die Möglichkeit zur niederschweligen Information biete und damit auch werbend – in binnenkirchlicher Sprache: missionarisch – wirken könne.

Im Zentrum der Diskussion stand die Frage nach der Funktion der Kirchentage für die kirchliche und politische Öffentlichkeit. Hierzu war es notwendig, die jeweiligen historischen Kontexte der Gründung zu vergegenwärtigen. So sprach Gebhardt den Evangelischen Kirchentagen nach 1945 die gleiche politische Funktion zu wie

den Katholikentagen der Bismarck-Ära, als diese starke Kundgebungen der Präsenz einer im damaligen Deutschen Reich zwar an Personen zahlreichen, aber politisch marginalisierten Gruppe, nämlich der Katholiken, waren. Ähnlich wie damals die Katholikentage, so Gebhardt, hatten die Evangelischen Kirchentage in der Nachkriegszeit die Funktion, die politische Position der Kirche in die Gesellschaft hinein zu dokumentieren. Diese Zeit sei aber für beide, sowohl Protestanten wie Katholiken, Vergangenheit, und heute seien beide Großveranstaltungen Gelegenhei-

ten, bei denen „eine weitgehend marginalisierte Gruppe“, nämlich die Christen, eine Art von Zusammengehörigkeitsgefühl zelebrierten.

Dem widersprach Ueberschär, indem sie bestritt, dass die Christen eine marginalisierte Gruppe darstellten. Angesichts der Mitgliederzahlen seien sowohl die evangelischen Landeskirchen wie auch die katholische Kirche Großorganisationen mit starkem gesellschaftlichem Einfluss. Auch sei der Deutsche Evangelische Kirchentag ganz bewusst eine nicht-kirchliche Gründung; als eingetragener Verein sei

er unabhängig und werde von den Kirchenleitungen eher kritisch beäugt. Nach 1969 sei das ursprüngliche Kirchentagskonzept aufgegeben worden und der Kirchentag sei als große Plattform zur Darstellung der Aktivitäten der Protestanten neu konzipiert worden mit Elementen wie dem Markt der Möglichkeiten, und dieses Konzept sei bis heute Maßstab für die Bewertung des Kirchentags. Als dann ab den frühen 1980er Jahren die Friedens- und die Umweltbewegung in den Evangelischen Kirchentag hineingekommen seien, habe dieser sich „als Partizipations-

bewegung quasi neu erfunden“, so Ueberschär.

„Der Kirchentag ist ein zivilgesellschaftliches Projekt, ‚faith based‘, also auf der Basis des Glaubens“, so Ueberschär weiter. Die Verantwortlichen des Kirchentags fühlten sich auch für das verantwortlich, was in der Gesellschaft vor sich gehe, und fragten, „auf welcher Basis gestalten wir denn eigentlich Wirtschaft, Politik und Kultur? Was hält diese Gesellschaft zusammen?“. Das sei das Urthema des Kirchentags, so Ueberschär, und gleichzeitig auch das Thema der heute Verantwortlichen. Insofern glaube sie nicht, dass der Kirchentag in den letzten Jahrzehnten unpolitischer geworden sei, wie dies Gebhardts Einlassung nahelege, sondern es sei umgekehrt so, dass sich das Politische verändert habe. „So etwas wie Familie galt früher nicht als politisches Thema; heute ist es ein eminent politisches Thema. Das wird auf dem Kirchentag verhandelt“, begründete Ueberschär ihre These.

Moderator Holger Gohla führte die Debatte weiter, indem er nach dem Verständnis von Politik und Religion im öffentlichen Raum fragte. Konkreter Anlass sei die Tatsache, dass die kommenden Katholikentage 2016 in Leipzig und 2018 in Münster Probleme hätten, eine Mitfinanzierung durch die öffentliche Hand zu bekommen. Gerade die im Vergleich zu den Evangelischen Kirchentagen etwas kleineren Katholikentage würden von der politischen Öffentlichkeit gar nicht mehr wahrgenommen werden. Das führe zu der Frage, ob auch die Verantwortlichen des Deutschen Evangelischen Kirchentags einen Aufmerksamkeitsverlust fürchten müssten, was doch gerade für das eigene Verständnis, eine zivilgesellschaftliche Institution sein zu wollen, ein großes Problem darstelle.

Darauf antwortete Ellen Ueberschär, das Problem des Kirchentags sei nicht die öffentliche Wahrnehmung, da diese grundsätzlich vorhanden sei. Vielmehr treibe sie die Sorge um, ob das große Engagement, das sowohl Kirchentage als auch Katholikentage ausstrahlten, ausreichend gefördert werde. Die Frage sei, ob die politische Verantwortlichen das, was an Engagement aus religiöser Motivation heraus für diese Gesellschaft vorhanden sei, ernst genommen oder ignoriert werde. „Dieses Engagement zu ignorieren, wäre jedoch

ein großer Fehler“, so die Generalsekretärin des Kirchentags.

Angela Treiber wollte Ueberschärs Sorge nicht teilen und betonte, der Kirchentag stehe in der Tradition der politischen Einmischung, wie sie spätestens beim Kirchentag in Hamburg 1981 offensichtlich geworden sei und seither die Kirchentage auf unterschiedliche Art und Weise prägte. Die Kirchentage machten deutlich, so Treiber, dass Religion nicht abgeschottet von Politik gesehen werden könne. Es gehe um das Aushandeln von normativen Vorgaben im sittlich-moralischen Bereich, und es sei ein gesellschaftliches Geschäft, also auch Aufgabe der Kirchen als gesellschaftliche Akteure, diese Vorgaben auszuhandeln. Wilfried Gebhardt gab daraufhin zu bedenken, dass in beiden Kirchen eine Milieuverengung stattfindende, die das Selbstbild beider Kirchen betraf. Diejenigen Menschen, die noch in einer positiven Beziehung zur Kirche stünden, gehörten in aller Regel zu den Gebildeten und Wohlhabenden. An den Rändern der Gesellschaft fände die Kirche dagegen kaum noch Beachtung. Das widerspräche aber deshalb dem Selbstverständnis beider Kirchen, weil diese Kirche der Armen sein wollten und daher diesen Widerspruch nicht wahrhaben wollten. Die Milieuverengung sei aber eine Tatsache, und die Kirchen schafften es auch nicht mit

Kirchentagen und Katholikentagen, in diese Randbereiche vorzudringen.

Im Ergebnis förderte die Diskussion die Erkenntnis zutage, dass sowohl Katholikentage als auch Kirchentage geeignet sind, ein positives Bild der Kirchen in der medialen Öffentlichkeit zu vermitteln. Die positive Funktion eines Kirchentags besteht für Kirchenmitglieder darin, durch die als Event inszenierte Kirchlichkeit eine positive Unterbrechung des kirchlichen Alltags zu leisten und damit einerseits eine Selbstvergewisserung zu ermöglichen, andererseits aber anregend zu wirken für weitergehendes Engagement. Zu bedenken wäre – obwohl das nicht Thema der Debatte war –, ob eine zunehmende Ausrichtung des kirchlichen Lebens auch jenseits der Kirchentage auf Großveranstaltungen und „Megathemen“ letztlich zu einer Eventorientierung führt, die das „Normale“ kaum noch zu schätzen weiß und somit auf das religiöse Leben in den Kirchengemeinden letztlich kontraproduktiv wirkt. *Martin Schuck*

„Sorge um die ausreichende Würdigung des Engagements auf Kirchentagen und Katholikentagen.“

.....

PROTESTANTEN OHNE PROTEST

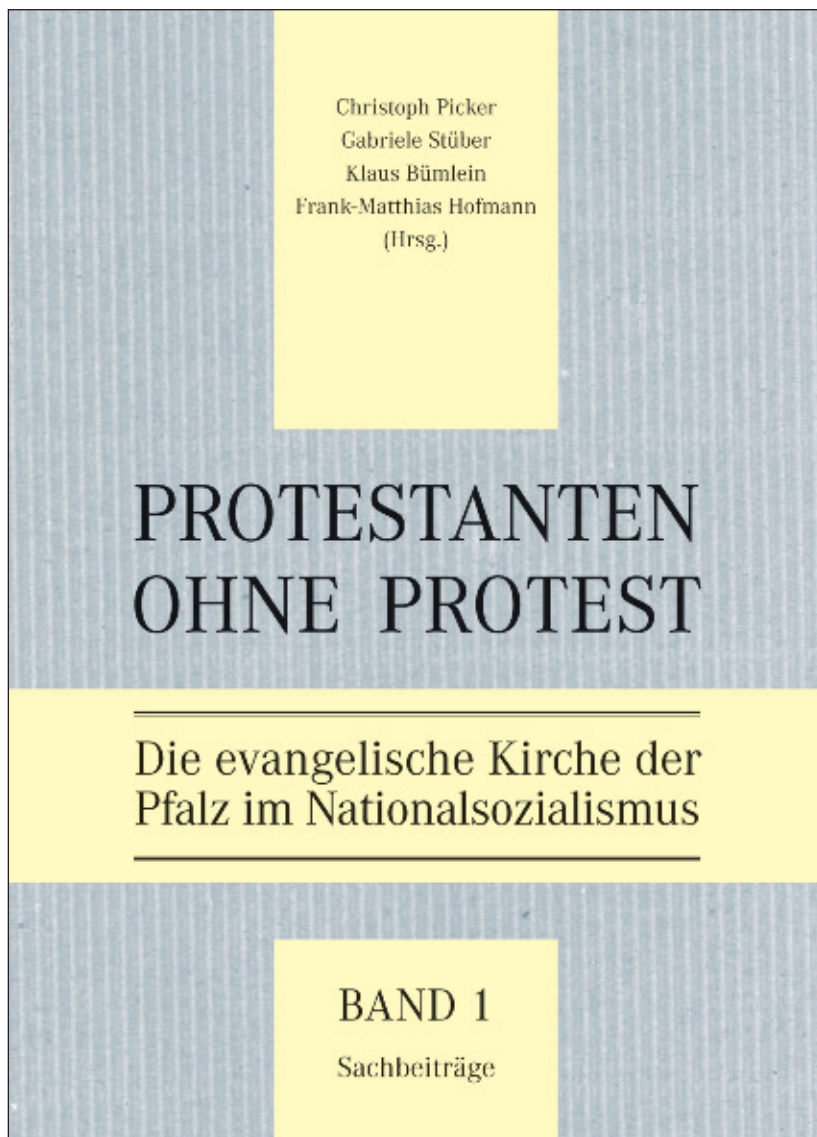
Nationalsozialismus und Protestantismus Hand in Hand

60 Autoren haben unter Federführung der Evangelischen Akademie und mit maßgeblicher Unterstützung des Zentralarchivs der Evangelischen Kirche der Pfalz ein umfangreiches Handbuch zur Geschichte der pfälzischen Landeskirche in der NS-Zeit erarbeitet. Das Projekt steht kurz vor seinem Abschluss. Am 18. April wird das Buch mit dem Titel „Protestanten ohne Protest“ im Historischen Museum der Pfalz in Speyer der Öffentlichkeit vorgestellt. Herausgeber sind Christoph Picker, Gabriele Stüber, Klaus Bümlein und Frank-Matthias Hofmann. Wir dokumentieren einen leicht veränderten Auszug aus der Einführung von Christoph Picker als Vorabdruck.

Dass der Nationalsozialismus im pfälzischen Protestantismus breite Zustimmung erfuhr, ist evident. Die nationalsozialistische Machtübernahme in der Landeskirche verlief nahezu reibungslos – von der Gleichschaltung der Landessynode über die Wahl des nationalsozialistischen „Landesbischofs“ Ludwig Diehl bis hin zu einem im März 1934 verabschiedeten emphatischen „Bekenntnis“ der Landeskirche zum „Dritten Reiche Adolf Hitlers“. Das alles nur wenige Wochen vor der Barmer Synode der Bekennenden Kirche, die sich gegen staatliche Totalitätsansprüche und gegen die Theologie der nationalsozialistischen Deutschen Christen positionierte – ohne pfälzische Beteiligung.

Was hat den Nationalsozialismus für die pfälzischen Protestanten so anziehend gemacht? Zentral erscheinen die Erfahrungen gesellschaftlicher und kirchlicher Brüche in der Spätphase der Weimarer Republik. Dazu gehörten nicht nur die sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern. Kirchlich einschneidend war 1927 die Erfahrung eines erbittert geführten Synodalwahlkampfes zwischen den „Positiven“ und den „Liberalen“. Die gemeinschaftsbezogene Ideologie des Nationalsozialismus und der Deutschen Christen erschien vielen als Ausweg aus den unversöhnlich wirkenden Konfliktkonstellationen. Moderne Pluralität und die anstrengenden Verfahren des demokratischen Interessenausgleichs wurden als Überforderung empfunden. Der Nationalsozialismus wurde vor allem deshalb salonfähig, weil er Homogenität versprach. Dass dies auf Kosten einer brutalen Ausgrenzung divergenter Gruppen geschah, wurde ausgeblendet oder billigend in Kauf genommen.

Zu einem ausgeprägten „Kirchenkampf“ kam es in der Pfalz im Unterschied zu anderen Landeskirchen nicht. Nennenswerten Widerspruch gegen die deutschchristliche Kirchenleitung provozierte erst die im Juni 1934 beschlossene Eingliederung der pfälzischen Landeskirche in die Reichskirche. Die daraufhin gegründete kirchlich-oppositionelle „Pfälzische Pfarrbruderschaft“ um den Landauer Pfarrer Hans Stempel blieb aber moderat. Dabei spielten



die Integrationskraft von Landesbischof Diehl und die pfälzische Konsekulturland eine wichtige Rolle. Auch die Übersichtlichkeit der Landeskirche dürfte sich ausgewirkt haben. Überzogen erscheint das Urteil eines pfälzischen Pfarrers vom August 1933: „Je kleiner die Landeskirche, desto feiger die Pfarrer.“ Plausibel erscheint jedoch die Annahme, dass Loyalitätsverpflichtungen und Anpassungsdruck in kleineren Systemen tendenziell stärker wirkten.

Trotz der breiten Zustimmung der pfälzischen Protestanten zum Nationalsozialismus und der Kompromissbereitschaft nahezu aller Akteure gab es doch eine gewisse Bandbreite individueller Dispositionen. Neben überzeugten Nationalsozialisten standen politisch Indifferente, Distanzierte und Skeptiker.

Vor Ort setzten sich einzelne Pfarrer und Gemeindeglieder gegen Behinderungen ihrer Arbeit und gegen christentumsfeindliche Propaganda zur Wehr. Wirksamer politischer Widerstand entwickelte sich daraus aber nicht. Am weitesten gingen Pfarrer Heinz Wilhelmy aus Thaleischweiler, der im Zusammenhang mit der „Sudetenkrise“ kritische Äußerungen der Bekennenden Kirche zur aggressiven Außenpolitik des Regimes unterstützte, und Pfarrer Johannes Bähr aus Mutterstadt, der die Novemberpogrome 1938 im Schulunterricht offen verurteilte.

Irritierend ist die Normalität, mit der das kirchliche Leben zwischen 1933 und 1945 in vielen Bereichen fortgeführt wurde – auch unter den Bedingungen von Diktatur, Repression, Krieg und Genozid. Die Akteure

arrangierten sich, bewältigten Schwierigkeiten und nutzten Freiräume. Die kirchliche Arbeit stand bisweilen unter Druck, sie passte sich an oder sperrte sich, nationalsozialistische Ideologien blieben außen vor oder sickerten ein – und doch war Raum für genuin Christliches: Bibellektüre, Gebet, Gemeinschaftserfahrung, gegenseitige Unterstützung, Humanität und soziales Engagement – zum Teil in erstaunlicher Intensität. Nur schwer lässt sich das in Beziehung setzen zu den Bildern des Grauens: Straßenterror, Front, Vernichtungslager. Welches Recht und welchen Wert hatten die kirchlichen Gegenwelten? Gibt es ein richtiges Leben im falschen?

Der totalitären, expansionistischen und rassistischen Politik des Nationalsozialismus wusste der pfälzische Protestantismus kaum Wirksames entgegenzusetzen. Zumindest indirekt war auch die Landeskirche in die Verbrechen involviert. Am schwersten wiegt die Ausstellung oder Verweigerung sogenannter „Abstammungsnachweise“ aus den Kirchenbüchern. Hier spielte die Kirche der NS-Rassenpolitik in die Hände. Der Straßenterror gegen Juden, Katholiken und Linke nach der Machtübernahme, die Novemberpogrome 1938, die Krankenmorde, die Deportation der pfälzischen Juden nach Gurs, die Vernichtungslager – all das blieb unkommentiert.

Insgesamt waren für die pfälzische Landeskirche in der NS-Zeit in hohem Maße institutionelle Eigeninteressen leitend. Wenn diese gefährdet waren, gab es seitens des Landeskirchenrats gelegentlich Einsprüche – oft aber auch ein erstaunliches Maß an Gleichmut und Duldsamkeit. Noch viel weniger wagte es die Kirchenleitung, für politisch und rassistisch Verfolgte einzutreten. Die vertrauensvolle Kooperation mit dem Staat wollte man nicht gefährden.

Die Landeskirche hat von ihrem regimetreuen Kurs erheblich profitiert. 1933 nahm das kirchliche Leben – teils bewusst unterstützt von der NSDAP – einen spürbaren Aufschwung. Die Einnahmen der Kirche stiegen von 1933 bis 1938 steil an. Schon 1934 lagen sie wieder deutlich über dem Stand der Jahre vor der Weltwirtschaftskrise. Erst ab 1942 kam es zu einer leichten Negativentwicklung. Auch wenn die Landeskirche in der NS-Zeit manche Einschränkungen verkraften musste: Sie war nicht nur glimpflich davongekommen, sie hat in mancherlei Hinsicht sogar profitiert. Der Preis dafür war hoch. Karl Barths Warnung vor einem falsch verstandenen „violettten Jahrhundert der Kirche“ – ausgesprochen im Jahr 1930 – hatte sich auf dramatische Weise bewahrheitet. Denn was nützt es, wenn der Leib der Kirche unbeschadet bleibt, ihre Seele aber Schaden nimmt.

AUSGLEICHENDE ROLLE

Oberkirchenrat Gottfried Müller über Kirche in den Medien

Seit der Fusion des Süddeutschen Rundfunks (SDR) und des Südwestfunks (SWF) zum Südwestrundfunk (SWR) 1998 ist Gottfried Müller der dritte Vorsitzende des Rundfunkrats dieses Senders und bereits der zweite aus den Reihen der Kirchenvertreter. Der pfälzische Oberkirchenrat, der unter anderem für das theologische Personal und die Jugendarbeit zuständig ist, geht Mitte des Jahres in den Ruhestand. Martin Schuck sprach mit ihm über seine Arbeit im Rundfunkrat und seinen Blick von außen auf die Evangelische Akademie.

Herr Oberkirchenrat Müller, was ist die Aufgabe eines Rundfunkrats?

Dem Rundfunkrat gehören 74 Mitglieder an, darunter ein Drittel Vertreter aus der Politik und zwei Drittel aus der Zivilgesellschaft. Dazu gehören die Religionsgemeinschaften, aber auch Sportverbände, Unternehmer, Gewerkschaften und andere gesellschaftlich relevante Gruppierungen. Es gibt einen Rundfunkstaatsvertrag, der Aufgaben des Rundfunkrats festlegt. Der Rundfunkrat vertritt die Interessen der Allgemeinheit auf dem Gebiet des Rundfunks; dabei trägt er der Vielfalt der Meinungen in der Bevölkerung Rechnung. Er wacht darüber, dass der SWR seine Aufgaben nach dem Staatsvertrag erfüllt. Er kann feststellen, dass einzelne Angebote gegen diese Grundsätze verstoßen und den Intendanten auffordern, einen festgestellten Verstoß nicht fortzusetzen oder künftig zu unterlassen. Konkrete Zuständigkeiten des Rundfunkrats sind die Wahl und Abberufung des Intendanten, die Genehmigung des Haushaltsplans und des Jahresabschlusses, weiterhin die Beschlussfassung über Satzungen über Richtlinien der Programmgestaltung, die Zustimmung zur Berufung der Direktoren, daneben noch die Wahl und Abberufung der vom Rundfunkrat gewählten Mitglieder des Verwal-

tungsrats und die Zustimmung bei der Übernahme von Verpflichtungen im Wert von mehr als fünf Millionen Euro bei Verträgen über die Herstellung oder den Erwerb von Programmteilen.

Wie sehen Sie Ihre Rolle als kirchlicher Vertreter im SWR-Rundfunkrat, der gleichzeitig den Vorsitz dieses Gremiums innehat?

Ich denke, man traut den Kirchenvertretern zu, dass sie den Vorsitz überparteilich und ausgleichend wahrnehmen. Das ist jedenfalls meine Absicht. Die zukünftige Herausforderung für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten besteht darin, ihre Angebote multimedial zu gestalten. Die medienpolitische Diskussion wird gegenwärtig mit einer gewissen Härte geführt, weil sich Medien, die früher getrennte Verbreitungswege hatten, heute allesamt als Konkurrenten im Internet begegnen. Die Internetnutzer erwarten Angebote, die nichts kosten, aber für die Anbieter natürlich teuer sind. Viele Zeitungen leiden unter zurückgehenden Auflagen. Redaktionen werden verkleinert, Gehälter sinken. Die kommerziellen Anbieter neiden dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Gebührenfinanzierung.

Wie kommen die beiden großen Kirchen in den Medien vor? Gibt es signifikante Unterschiede?



Gottfried Müller. (Foto: Landry)

Die beiden großen Kirchen sind in den öffentlich-rechtlichen, aber auch in den privaten Rundfunkanstalten vor allem durch ihre Verkündigungssendungen präsent. Unterschiede ergeben sich manchmal thematisch: Die Protestanten haben keinen Papst und die Katholiken keinen Luther. Öfter werden wir mit dem Ausdruck „die Kirchen“ in einen Topf geworfen. Journalisten interessieren sich eher für Skandale als für die als selbstverständlich angesehenen positiven Leistungen. Damit müssen wir als öffentliche Kirche leben. Es gibt aber auch positive Aus-

nahmen. Das Engagement der Kirchen in der Flüchtlingsarbeit wird durchgehend positiv gewürdigt. Seit Jahren bekommt auch die Notfallseelsorge immer wieder Lob.

Welche Rolle nimmt aus Ihrer Sicht die Evangelische Akademie für die Wahrnehmbarkeit der Kirche in der Öffentlichkeit ein?

Die Evangelische Akademie hat die Milieus im Blick, zu denen Hochgebildete und gesellschaftlich einflussreiche Menschen gehören. Für diese Zielgruppe plant sie Veranstaltungen und führt sie auch durch. Die Behandlung der Themen ist differenziert und komplex. Sie bilden Pluralität ab und sind offen für einen kritischen Dialog zwischen Theologie und Kirche einerseits und Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft andererseits. Die Bereitschaft von Persönlichkeiten, sich in ihrem Kuratorium zu engagieren, ist ein Hinweis darauf, dass der Akademie diese Aufgabe auch gelingt.

Gibt es aus Ihrer Perspektive Themen, mit denen sich die Evangelische Akademie stärker auseinandersetzen sollte?

Das Angebot der Akademie ist vielfältig und anregend. Wenn ich jetzt ein Thema nenne, bin ich mir fast sicher, dass es dazu in den letzten Jahren eine Veranstaltung gegeben hat. Was ich mir für die Zukunft nach dem Umbau wünsche, ist ein Butenschoen-Haus-Tag, an dem die dort vertretenen Institute sich einmal im Jahr inhaltlich der Öffentlichkeit präsentieren.

Werden Sie Ihre Funktionen in den Gremien des SWR auch im Ruhestand wahrnehmen?

Ich bin letztes Jahr von den Kirchen in Rheinland-Pfalz für fünf Jahre in den Rundfunkrat entsandt worden. Ich nehme diese Aufgabe gern bis zum Ende der Periode wahr.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau


GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

DER AUFSTAND DER NUTZER

Pegida skandiert „Lügenpresse“. Die angebliche Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens durch Asylbewerber sorgt nicht nur in den sozialen Netzwerken, sondern auch in traditionellen Medien, für wilde Spekulationen. Die Berichterstattung angesichts der sexistischen Übergriffe vor dem Kölner Hauptbahnhof gerät ins Kreuzfeuer der Kritik.

Schon fast wieder vergessen sind der Beschwerderekord beim Presserat nach dem absichtlich herbeigeführten „Germanwings“-Absturz und der heftige Streit über die mediale Aufbereitung der Ukraine-Krise. Ein Medienskandal scheint den nächsten zu jagen. Wenn nicht alles täuscht, stecken die Medien in einer echten Glaubwürdigkeitskrise. Was sind die Ursachen? Welche Fehlentwicklungen der Medienlandschaft gibt es? Und wie lässt sich verlorene Glaubwürdigkeit wiedergewinnen?

Diesen Fragen gehen die Südwestdeutschen Medientage in einer dreiteiligen Tagungssequenz für Medienmacher, Medienpolitikerinnen, Medienwissenschaftler und engagierte Bürgerinnen und Bürger nach. Die Reihe spricht Menschen an, die sich professionell oder bürgerschaftlich engagiert mit der Medienlandschaft beschäftigen oder diese mitgestalten: Journalistinnen und Journalisten, Politiker, professionelle und ehrenamtliche Öffentlichkeitsarbeiter, Mitglieder von Kontrollgremien, Wissenschaftler und Studierende. Zugleich ist sie geeignet für ein breiteres Publikum, das sich für medienethische und medienpolitische Fragen interessiert.

Auf der ersten Tagung kommen die Mediennutzer in den Blick. Nie zuvor standen so viele Informationen zur Verfügung. Und nie zuvor schwirrten seriöse Nachrichten und Verschwörungstheorien so wild durcheinander. Nutzer wehren sich:

gegen echte und vermeintliche Desinformation, gegen schlampige Recherchen und gegen die Verletzung medienethischer Standards. Was ist dran am Aufstand der Nutzer? Wie stichhaltig sind die Argumente der Medienkritiker? Formiert sich hier eine kritische Gegenöffentlichkeit neu? Welche Chancen bietet der Aufstand der Nutzer für einen qualitätsbewussten Journalismus? Welche Risiken birgt er?

Zu Wort kommen etablierte Journalisten traditioneller Medien wie der ZDF-Chefredakteur Peter Frey und der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, Peter Stefan Herbst, sowie Vertreter der digitalen Medien wie der „YouTuber“ Christoph Krachten. Weitere Gäste sind der Medienwissenschaftler Marcus S. Kleiner, der Theologe Martin Leiner und der Vorsitzende des SWR-Rundfunkrats, Gottfried Müller. Das vollständige Programm der Tagung ist abrufbar unter www.eapfalz.de.

Die Tagung unter dem Thema „Der Aufstand der Nutzer: Medien in der Glaubwürdigkeitskrise“ findet statt am 14. und 15. April, Keysermühle Klingenmünster, in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk, dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau und der Bürgerstiftung Pfalz. 115 Euro im Einzelzimmer, 105 Euro im Doppelzimmer (Studierende und Leistungsempfänger 70 Euro). Teilnahme nur mit Verpflegung 65 (40) Euro.

AKADEMIEPROGRAMM

Stand Februar 2016

11. bis 13. März, Jugendherberge Heidelberg **Was ist gesund, was krank, was normal? Definitionen und Modelle in Medizinethik und Gesundheitsökonomie**

In Deutschland hat sich ein Wechsel von akuten Krankheiten hin zu chronischen Krankheiten vollzogen, darüber hinaus erkranken 25 Prozent der Bevölkerung an einer psychischen Störung. Was verstehen wir also unter „gesund“ und „krank“? Im Rahmen des Seminars werden unterschiedliche Gesundheits- und Krankheitsmodelle diskutiert, so zum Beispiel das naturwissenschaftliche/biomedizinische Modell, Verhaltensmodelle, sozialpsychologische und biopsychosoziale Modelle. Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren.

11. bis 13. März, Jugendherberge Heidelberg **Medienteam**

Die Junge Akademie führt ihre mit dem Innovationspreis der Evangelischen Kirche der Pfalz ausgezeichnete, selbst gesteuerte Medien- und Öffentlichkeitsarbeit in der Jugendbildung weiter. Um die Arbeit in der Jungen Akademie verstärkt zu dokumentieren und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat sich ein Medienteam gebildet, das sich mit digitalen Medien ebenso auseinandersetzt wie mit Fotografie, Film und Print. Das Medienteam lädt alle Interessierten ein, im Rahmen des Workshops gemeinsam Postkarten, Infolyer und Poster zu entwickeln. Ebenso wollen wir Videoclips produzieren sowie an der Website und dem Facebook-Auftritt der Jungen Akademie arbeiten. Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren.

18. April, 19 Uhr, Historisches Museum der Pfalz, Speyer **Protestanten ohne Protest**

Präsentation des Handbuchs zur Geschichte der pfälzischen Landeskirche im Nationalsozialismus. In einem Netzwerkprojekt unter Federführung der Evangelischen Akademie der Pfalz und mit Unterstützung des Zentralarchivs der Evangelischen Kirche der Pfalz haben 60 Forscherinnen und Forscher die Geschichte der pfälzischen Landeskirche im Nationalsozialismus systematisch erschlossen. Die Ergebnisse werden nun in einem zweibändigen Werk veröffentlicht. Die Bände sind sorgfältig bebildert und enthalten teilweise bisher unveröffentlichtes Material. „Protestanten ohne Protest“ lautet das ernüchternde Fazit, das Fragen für Erinnerungskultur und Bildungsarbeit aufwirft. Können wir aus der Geschichte lernen? Diese Frage stellt sich im Rahmen der Präsentation der Chefredakteur der „Rheinpfalz“, Michael Garthe.

22. bis 24. April, Jugendbildungsstätte Martin-Butzer-Haus, Bad Dürkheim **Lebenschancen gerecht verteilen: Wer erhält ein Organ? Numerische Ethik in Medizin und Recht**

Im Rahmen der Tagung wird zunächst eine Einführung in die numerische Mathematik gegeben, zugleich sollen aktuelle Anwendungsfragen, wie beispielsweise Optimierungsprobleme in Unternehmensmanagement, Klimaforschung oder auch Gesundheitswesen, behandelt werden. Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren. Für Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz.

27. April, Haus der Kirche, Kassel **Muslimische Seelsorge und die evangelischen Kirchen Konsultation kirchlicher Seelsorgeeinrichtungen**

Mit der rechtlichen Integration des Islams wächst das Bedürfnis nach einem eigenen Wohlfahrtsverband. Ebenso werden Konzepte für Seelsorge in Krankenhäusern, Gefängnissen, bei Notfalleinsätzen und beim Militär entwickelt. Die Konsultation fragt nach dem gegenwärtigen Stand und den aktuellen Entwicklungen und bietet eine Plattform des landeskirchlichen Austauschs.

8. Mai, 14.30 Uhr, Ernst-Bloch-Zentrum, Ludwigshafen **Konstitutive Sitzung des Forums der Religionen – Gründungsfeier**

Das Forum der Religionen soll die gemeinsame Stimme der Religionsgemeinschaften in Ludwigshafen werden.

e-mail: info@eapfalz.de > www.eapfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname _____ Name _____

e-mail _____ Beruf _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. privat _____ Tel. dienstlich _____